# S 24 AS 232/24 ER

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

| | |
|---|---|
| Land | Freistaat Sachsen |
| Sozialgericht | Sächsisches Landessozialgericht |
| Sachgebiet | Grundsicherung für Arbeitsuchende |
| Abteilung | - |
| Kategorie | Beschluss |
| Bemerkung | - |
| Rechtskraft | - |
| Deskriptoren | Aufhebung der Bewilligung, Erreichbarkeit, Umzug, Wechsel der örtlichen Zuständigkeit |
| Leitsätze | Nach einem umzugsbedingten Wechsel der örtlichen Zuständigkeit ist der bisher örtlich zuständige Leistungsträger nicht berechtigt, aufgrund eines angenommenen Wegfalls der Erreichbarkeit die von ihm bewilligten Leistungen vor Fortsetzung der Leistungserbringung durch den nunmehr zuständigen Leistungsträger aufzuheben, soweit der erwerbsfähige Leistungsberechtigte für den örtlich zuständig gewordenen Leistungsträger erreichbar ist. |
| Normenkette | § 13 Abs. 3 SGB II, § 2 Abs. 3 SGB X, § 7b SGB II, § 86b Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGG |

### 1. Instanz

| | |
|---|---|
| Aktenzeichen | S 24 AS 232/24 ER |
| Datum | 08.03.2024 |

### 2. Instanz

| | |
|---|---|
| Aktenzeichen | L 7 AS 142/24 B ER |
| Datum | 22.05.2024 |

### 3. Instanz

| | |
|---|---|
| Datum | - |

1. Das Jobcenter Leipzig wird zum Verfahren beigeladen.

Â

2. Die Beschwerde des Antragsgegners gegen den Beschluss des Sozialgerichts Leipzig vom 8. MÃ¤rz 2024 wird mit der MaÃgabe, dass die aufschiebende Wirkung der Klage des Antragstellers gegen den Bescheid vom 12. Januar 2024 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 28. MÃ¤rz 2024 (W 314/24) angeordnet wird, zurÃ¼ckgewiesen.

Â

3. Der Antragsgegner hat dem Antragsteller die notwendigen auÃergerichtlichen Kosten auch fÃ¼r das Beschwerdeverfahren zu erstatten.

Â

**G r Ã¼ n d e :**

**I.**

Im Streit ist die Aufhebung der Bewilligung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (Leistungen) nach einem Umzug in den Ã¶rtlichen ZustÃ¤ndigkeitsbereich des Beigeladenen.

Â

Der Antragsgegner bewilligte dem 1972 geborenen Antragsteller zuletzt fÃ¼r Januar bis Mai 2024 monatlich 766,14 â¬ *(Bescheid v. 16.12.2023 unter AbÃ¤nderung des Bescheids v. 30.05.2023)*. Dabei berÃ¼cksichtigte er bei der Berechnung der Leistungen 563,- â¬ als Regelbedarf und 203,14 â¬ als âKdUâ *(vgl. Anlage zum vorgenannten Bescheid)*.

Â

Am 09.01.2024 teilte der Antragsteller dem Antragsgegner mit, er sei zum 01.01.2024 nach Aâ¦. umgezogen *(Schreiben v. 05.01.2024 nebst Meldebescheinigung v. 04.01.2024)*.

Â

Der Antragsgegner hob die Bewilligung von Leistungen ab Februar 2024 auf *(Bescheid v. 12.01.2024)* und wies den dagegen vom Antragsteller erhobenen Widerspruch gegen die Aufhebung der âRegelleistungenâ *(Schreiben seines BevollmÃ¤chtigten v. 14.02.2024)* zurÃ¼ck *(Widerspruchsbescheid v. 28.03.2024, W 314/24)*. Dagegen erhob der Antragsteller nach eigenen Angaben beim Sozialgericht Leipzig (SG) am 02.04.2024 Klage *(vgl. Schreiben seines BevollmÃ¤chtigten v. 19.04.2024, S. 2; danach Az. des SG: S 9 AS 397/24)*.

Â

FÃ¼r Januar 2024 hob der Antragsgegner nach AnhÃ¶rung des Antragstellers *(Schreiben v. 15.01.2024)* die Bewilligung der â□□Leistungsart KdUâ□□ auf und setzte den von ihm zu erstattenden Betrag auf 203,14 â□¬ fest *(Bescheid v. 25.01.2024)*.

Â

Am 22.02.2024 hat der Antragsteller beim SG die Anordnung der aufschiebenden Wirkung seines Widerspruchs gegen den Bescheid vom 12.01.2024 beantragt *(Schreiben seines BevollmÃ¤chtigten v. selben Tag)*. Das SG hat die aufschiebende Wirkung â□□im Hinblick auf die Regelleistung in HÃ¶he von monatlich 563,00 EUR fÃ¼r Monate Februar 2024 â□□ Mai 2024 angeordnetâ□□ *(Beschluss v. 08.03.2024)*. Der Umzug des Antragstellers sei keine rechtserhebliche Ã□nderung fÃ¼r die Aufhebung der bewilligten Leistungen. Der Fortfall der Ã¶rtlichen ZustÃ¤ndigkeit des Antragsgegners bis zur hier noch nicht erfolgten Fortsetzung der Leistungen durch den Beigeladenen genÃ¼ge hierfÃ¼r nicht. Die mangelnde Erreichbarkeit des Antragstellers fÃ¼r den Antragsgegner sei ebenso kein Grund fÃ¼r die Aufhebung der Regelleistung.

Â

Der Antragsgegner setzte den â□□ ihm am 11.03.2024 zugestellten â□□ Beschluss um *(Schreiben v. 12.03.2024 an den BevollmÃ¤chtigten des Antragstellers)* und informierte darÃ¼ber den Beigeladenen *(E-Mail v. 11.03.2024)*. Danach bewilligte der Beigeladene dem Antragsteller auf Antrag vom 08.01.2024 fÃ¼r Januar bis Mai 2024 monatlich 331,24 â□¬ als â□□KdUâ□□; die â□□Regelleistungen fÃ¼r Januar bis Mai 2024â□□ erhalte er â□□laut Urteil des Sozialgerichtsâ□□ vom Antragsgegner *(Bescheid v. 13.03.2024 nebst Anlage)*.

Â

Der Antragsgegner hat am 03.04.2024 beim erkennenden Gericht Beschwerde gegen den Beschluss vom 08.03.2024 eingelegt *(Schreiben v. selben Tag)*. Der Antragsteller sei aufgrund seines Umzugs bei ihm von Leistungen ausgeschlossen, da er seine Dienststelle nicht mehr innerhalb von zweieinhalb Stunden erreichen kÃ¶nne. Eine geÃ¤nderte BegrÃ¼ndung fÃ¼r die Aufhebung wÃ¤hrend des Vorverfahrens sei zulÃ¤ssig. Â§ 2 Abs. 3 SGB X stehe der Aufhebung nicht entgegen. Auf den weiteren Inhalt seines Vorbringens wird Bezug genommen *(Schreiben v. 03.04.2024 und 06.05.2024)*.

Â

Der Antragsgegner beantragt,

den Beschluss des Sozialgerichts Leipzig vom 08.03.2024 aufzuheben und den Antrag abzulehnen.

Â

Der Antragsteller beantragt,

Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â  die Beschwerde zurÃ¼ckzuweisen.

Â

Die Beschwerde sei unzulÃ¤ssig, da dem Antragsgegner ein Erstattungsanspruch gegen den Beigeladenen zustehe, auch wenn er diesen bisher nicht geltend gemacht habe und nach den fachlichen Weisungen der Bundesagentur fÃ¼r Arbeit hinsichtlich des Regelbedarfs nicht geltend zu machen sei. Jedenfalls sei die Beschwerde unbegrÃ¼ndet, da er wegen seines Umzugs nicht von Leistungen ausgeschlossen sei. Auf den weiteren Inhalt seines Vorbringens wird Bezug genommen *(Schreiben seines BevollmÃ¤chtigten v. 19.04.2024 und 08.05.2024)*.

Â

Der Antragsteller und -gegner haben einer Entscheidung durch Einzelrichter zugestimmt *(Schreiben v. 15./19.04.2024)*.

Â

Dem Senat liegen neben den Gerichtsakten die vom Antragsgegner vorgelegte Verwaltungsakte *(vgl. dessen Schreiben v. 03.04.2024, S. 5)* vor.

Â

**II.**

Die Beiladung beruht auf Â§ 75 Abs. 2 Alt. 2 SGG, da der Beigeladene als seit Januar 2024 Ã¶rtlich zustÃ¤ndiger LeistungstrÃ¤ger *(Â§ 36 Abs. 1 Satz 1 f., Â§ 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 f., Â§ 6d,*
Â§ 44b SGB II*)* als alternativ leistungspflichtig in Betracht kommt, wenn der Antragsgegner dem Antragsteller die streitgegenstÃ¤ndlichen Leistungen *(hierzu unter III.)* nicht (einstweilig) zu erbringen hat *(zur Beiladung des nach einem Umzug Ã¶rtlich zustÃ¤ndig gewordenen LeistungstrÃ¤gers vgl. z.B. BSG v. 17.10.2013Â â□□ B 14 AS 58/12 RÂ â□□ Rn. 12)*.

Â

Der AnhÃ¶rung der Beteiligten *(Â§ 69 SGG)* bedurfte es aufgrund besonderer UmstÃ¤nde zumindest in diesem Verfahren nicht, da der Beigeladene bereits â□□ ohne Beiladung â□□ erstinstanzlich am Verfahren beteiligt *(vgl. dessen Schreiben v. 29.02.2024 auf das gerichtliche Schreiben v. selben Tag)* und die Beiladung vom Antragsteller in beiden Instanzen angeregt wurde *(vgl. Schreiben seines BevollmÃ¤chtigten v. 07.03.2024, S. 2, und 19.04.2024, S. 3)*, wozu der Antragsgegner hinreichend Gelegenheit zur Stellungnahme hatte. Weiterhin ist der Sachverhalt geklÃ¤rt, da die bisher Beteiligten nur Ã¼ber Rechtsfragen streiten, und wurde der Beigeladene nicht einstweilig zur Leistung verpflichtet.

Â

Dieser Beschluss ist unanfechtbar *(*Â§ 75 Abs. 3 Satz 3 SGG*)*.

Â

**III.**

Die Beschwerde des Antragsgegners gegen den erstinstanzlichen Beschluss vom 08.03.2024 ist unbegrÃ¼ndet. DarÃ¼ber hat der Senat durch Beschluss seiner Berufsrichter ohne Mitwirkung ehrenamtlicher Richter entschieden *(*Â§ 176*,* Â§ 33 Abs. 1*,* Â§ 12 Abs. 1 Satz 2 SGG*; zur notwendigen ErmessensausÃ¼bung vor einer Entscheidung durch den sog. konsentierten Einzelrichters vgl. z.B. BSG v. 29.01.2019Â â□□ B 2 U 5/18 RÂ â□□ Rn. 14)*, zumal kein EinverstÃ¤ndnis des Beigeladenen zur Entscheidung durch den Berichterstatter als Einzelrichter *(*Â§ 155 Abs. 3 f. SGG*; zum Erfordernis vgl. z.B. Knittel in: jurisPK-SGG, 2.Â Aufl., Â§Â 155 Rn. 89)* vorliegt.

Â

Gegenstand des Verfahrens ist neben der erstinstanzlichen Entscheidung der â□□ fÃ¼r die Beteiligten in der Sache nicht bindende *(*Â§ 77 SGG*)* â□□ Bescheid vom 12.01.2024 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 28.03.2024 (W 314/24), mit dem der Antragsgegner die Bewilligung von Leistungen â□□ab 01.02.2024 ganz aufgehobenâ□□ hat.

Â

Streitgegenstand sind einstweilige MaÃ□nahmen *(*Â§ 86b SGG*)* gegen die Aufhebung der Bewilligung von Leistungen fÃ¼r Februar bis Mai 2024 ohne die Leistungen fÃ¼r die Bedarfe fÃ¼r Unterkunft und Heizung, da der Antragsteller nach seinem Vorbringen im Vorverfahren bereits seinen Widerspruch insoweit beschrÃ¤nkt hat *(vgl. Schreiben seines BevollmÃ¤chtigten v. 14.02.2024, S. 1: â□□soweit â□¦ Regelleistungen betrifftâ□□; zur ZulÃ¤ssigkeit der BeschrÃ¤nkung vgl. nur BSG v. 05.08.2021Â â□□ B 4 AS 82/20 RÂ â□□ Rn. 13)*.

Â

Die Beschwerde ist statthaft *(*Â§ 172 Abs. 1 SGG*)*. Sie ist insbesondere nicht nach Â§ 172 Abs. 3 Nr. 1 SGG ausgeschlossen, da in der Hauptsache der Wert des Beschwerdegegenstands 750,- â□¬ Ã¼bersteigt und deswegen die Berufung keiner Zulassung bedÃ¼rfte *(*Â§ 144 Abs.Â 1 Satz 1 Nr. 1 SGG*)*.

Â

Die Beschwerde ist auch im Ã□brigen zulÃ¤ssig, insbesondere form- und fristgerecht eingelegt *(*Â§ 173 Satz 2 SGG*)*. Weiterhin mangelt es dem Antragsgegner trotz der Umsetzung der erstinstanzlichen Entscheidung nicht am erforderlichen

RechtsschutzbedÃ¼rfnis *(vgl. â□□ zu einstweiligen Anordnungen nach* Â§ 86b Abs. 2 SGG *â□□ z.B. Senatsbeschluss v. 26.03.2024 â□□* L 7 AS 13/24 B ER *â□□ juris Rn. 29 m.w.N.)*. Ebenso stÃ¼nde ein Erstattungsanspruch des Antragsgegners gegen den Beigeladenen nach Â§ 2 Abs. 3 Satz 2 f., Â§ 102 Abs. 2 SGB X seinem RechtsschutzbedÃ¼rfnis nicht entgegen *(vgl. â□□ zumindest fÃ¼r Klagen auf Leistungen bei mÃ¶glichen ErstattungsansprÃ¼chen von LeistungstrÃ¤gern untereinander â□□ z.B. BSG v. 16.05.2012Â â□□* B 4 AS 105/11 R*Â â□□ Rn. 11; BSG v. 12.03.2013Â â□□* B 1 KR 7/12 R*Â â□□ Rn. 11)*, da es sich im Allgemeinen bereits aus dessen formellen Beschwer durch die vorinstanzliche Entscheidung ergibt *(vgl. z.B. BSG v. 05.06.2014Â â□□* B 4 AS 349/13 B*Â â□□ Rn. 10 und BSG v. 12.12.2023 â□□* B 8 SO 7/22 R *â□□ Rn. 9)* und eine Ausnahme hiervon in diesem Beschwerdeverfahren nicht vorliegt *(zur Unterscheidung zwischen formeller Beschwer und RechtsschutzbedÃ¼rfnis sowie zu den Voraussetzungen fÃ¼r dessen Verneinung trotz formeller Beschwer vgl. z.B. BSG v. 17.09.2020Â â□□* B 4 AS 13/20 R*Â â□□ Rn. 16)*.

Â

Die Beschwerde ist unbegrÃ¼ndet, da das SG die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs gegen den Bescheid vom 12.01.2024 zu Recht und mit zutreffender BegrÃ¼ndung angeordnet hat, soweit dieser vom Antragsteller angefochten wurde *(zur BeschrÃ¤nkung des Widerspruchs vgl. zuvor)*. Lediglich wegen des weiteren Verfahrensfortgangs seit dem Beschluss vom 08.03.2024 ist nunmehr die aufschiebende Wirkung der Klage anzuordnen *(zur ZulÃ¤ssigkeit im Antrags- und Beschwerdeverfahren vgl. z.B. Schmidt in: Meyer-Ladewig u.a., SGG, 14. Aufl., Â§ 86b Rn. 9b, 21 m.w.N. auch zur hiervon abweichenden Auffassung)*. Dabei kann dahinstehen, ob es hierfÃ¼r eines gesonderten Antrags bedarf *(vgl. zum Streitstand z.B. Burkiczak in: jurisPK-SGG, 2. Aufl., Â§Â 86b Rn. 242 ff.)*, da er jedenfalls dem Vorbringen des Antragstellers im Beschwerdeverfahren *(vgl. insb. das Schreiben seines BevollmÃ¤chtigten v. 19.04.2024)* zu entnehmen wÃ¤re.

Â

Statthaft ist nunmehr ein Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Klage gegen den gegenstÃ¤ndlichen Bescheid *(*Â§ 86b Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGG*)*, da sie *(wie bereits der Widerspruch gegen den Bescheid v. 12.01.2024)* keine aufschiebende Wirkung hat *(*Â§ 86a Abs. 2 Nr. 4 SGG *i.V.m.* Â§ 39 Nr. 1 SGB II *i.d.F. des Gesetzes v. 26.07.2016,* BGBl. I S. 1824*)*, ohne dass es hier eines Antrags auf Aufhebung der Vollziehung des Bescheids *(*Â§ 86b Abs. 1 Satz 2 SGG*)* bedarf *(zu entsprechenden Konstellationen vgl. z.B. Senatsbeschluss v. 06.01.2023 â□□* L 7 AS 591/22 B ER *â□□ juris Rn. 22 m.w.N.)*, zumal der Antragsgegner die erstinstanzliche Entscheidung durch â□□Auszahlung der Leistungenâ□□ an den Antragsteller umgesetzt hat *(vgl. Schreiben v. 12.03.2024 an dessen BevollmÃ¤chtigten)*.

Â

Der Antrag nach Â§ 86b Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGG ist begrÃ¼ndet. Nach

Ã¼bereinstimmender Auffassung ist die aufschiebende Wirkung anzuordnen, wenn das Interesse des Antragstellers an der Aussetzung der Vollziehung des gegenstÃ¤ndlichen Verwaltungsakts (Aussetzungsinteresse) dem gegenlÃ¤ufigen Interesse des Antragsgegners (Vollzugsinteresse) Ã¼berwiegt, wobei zu den Entscheidungskriterien, deren Gewichtung sowie zum Umfang der AufklÃ¤rung der Sach- und Rechtslage unterschiedliche Auffassungen vertreten werden (*vgl. z.B. Burkiczak, a.a.O., Â§ 86b Rn. 188 ff. und Keller in: Meyer-Ladewig u.a., SGG, 14. Aufl., Â§ 86b Rn. 12a ff.)*. Einigkeit besteht indes an der Orientierung an den Erfolgsaussichten in der Hauptsache, da am Vollzug eines rechtswidrigen Verwaltungsakts kein schÃ¼tzenwertes Interesse besteht und bei einem rechtmÃ¤Ãigen Verwaltungsakt das Vollzugsinteresse Ã¼berwiegt. Ist die Erfolgsaussicht in der Hauptsache nicht offensichtlich, sind alle sonstigen UmstÃ¤nde des Einzelfalls, die fÃ¼r und gegen die sofortige Vollziehung sprechen sowie deren Folgen, gegeneinander abzuwÃ¤gen *(vgl. wiederum z.B. Senatsbeschluss v. 06.01.2023 â L 7 AS 591/22 B ER â juris Rn. 23)*.

Â

Unter Beachtung dieser MaÃstÃ¤be ist die aufschiebende Wirkung der Klage anzuordnen, da nach dem derzeit vorliegenden Sach- und Streitstand der gegenstÃ¤ndliche Bescheid rechtswidrig ist. Auf die zutreffenden erstinstanzlichen AusfÃ¼hrungen wird Bezug genommen, ohne dass es an sich einer weiteren BegrÃ¼ndung bedarf *(Â§ 142 Abs. 2 Satz 3 SGG)*. Zum Ã¼berwiegend wiederholenden und teils vertiefenden Vorbringen der Beteiligten, insbesondere des Antragsgegners, im Beschwerdeverfahren sind die entscheidungserheblichen GrÃ¼nde nur wie folgt zu ergÃ¤nzen:

Â

Nach einem Wechsel der Ã¶rtlichen ZustÃ¤ndigkeit muss die bisher zustÃ¤ndige BehÃ¶rde die (von ihr bewilligten) Leistungen bis zu deren Fortsetzung durch die zustÃ¤ndig gewordene BehÃ¶rde erbringen, die wiederum nach dem ZustÃ¤ndigkeitswechsel erbrachte Leistungen auf Anforderung zu erstatten hat *(Â§ 2 Abs. 3 Satz 1 f., Â§ 1 Abs. 2 SGB X, hier i.V.m. Â§ 40 Abs. 1 Satz 1 SGB II)*. Dadurch soll durch den Wechsel der Ã¶rtlichen ZustÃ¤ndigkeit keine Unterbrechung des LeistungsverhÃ¤ltnisses eintreten und gewÃ¤hrleistet werden, dass der vorleistende TrÃ¤ger nicht die Kosten der Weiterleistung zu tragen hat *(vgl. z.B. BSG v. 01.03.2018 â B 8 SO 22/16 RÂ â Rn. 27)*. Damit ist eine auf diese Ãnderung gestÃ¼tzte Aufhebung der Bewilligung von Leistungen durch den bisher zustÃ¤ndigen LeistungstrÃ¤ger grundsÃ¤tzlich ausgeschlossen *(vgl. nur â jeweils m.w.N. â LSG Berlin-Brandenburg v. 23.07.2021Â â L 3 AS 785/21 B ERÂ â juris insb. Rn. 27, 31; LSG Berlin-Brandenburg v. 18.11.2021Â â L 19 AS 1806/18 Â â juris insb. Rn. 19, 26 und Aubel in: jurisPK-SGB II, 5. Aufl., Â§Â 36 Rn. 93, s. auch den Verweis in BSG v. 07.07.2022Â â B 7/14 AS 197/21 B â Rn. 5; Hengelhaupt in: Hauck/Noftz, SGB II, Â§ 36 Rn. 261 f., Stand: November 2020; zum Ausschluss von Entscheidungen nach Â§Â§ 44 ff. SGB X gegen den Leistungsberechtigten / -empfÃ¤nger bei einem bestehenden Erstattungsanspruch*

*der LeistungstrÃ¤ger untereinander nach* Â§Â§ 102 *ff. SGB X aufgrund der ErfÃ¼llungsfiktion des* Â§ 107 Abs. 1 SGB X *vgl. z.B. BSG v. 08.12.2022Â â□□ B* 7/14 AS 10/21 *R und B* 7/14 AS 11/21 *R â□□ jeweils Rn. 25)*. Dies gilt jedenfalls, soweit auch nach dem Wechsel der Ã¶rtlichen ZustÃ¤ndigkeit die Anspruchs- / Leistungsvoraussetzungen vorliegen *(vgl. z.B. Aubel, a.a.O., Â§ 36 Rn. 95; Hengelhaupt, a.a.O., Â§ 36 Rn. 271;* ***Paulenz in: MÃ¼nder/Geiger/Lenze, SGB II, 8. Aufl., Â§ 36 Rn. 32; Roller in: SchÃ¼tze, SGB X, 9. Aufl., Â§ 2 Rn. 15****; zu den hier nicht gegenstÃ¤ndlichen Leistungen fÃ¼r Bedarfe fÃ¼r Unterkunft und Heizung vgl. hingegen z.B. LSG fÃ¼r das Land Nordrhein-Westfalen v. 25.02.2021Â â□□* L 19 AS 2007/19*Â â□□ juris insb. Rn. 33 m.w.N; s. insg. zum Vorstehenden weiterhin z.B.* ***BÃ¶ttiger in: Luik/Harich, SGB II. 6. Aufl., Â§ 36*** *Rn. 52)*.

Â

FÃ¼r erwerbsfÃ¤hige Leistungsberechtigte *(*Â§ 7 Abs. 1 Satz 1 SGB II*)* gehÃ¶rt die Erreichbarkeit *(*Â§ 7b*,* Â§ 13 Abs. 3 SGB II *i.d.F. des Gesetzes v. 16.12.2022,* BGBl. I S. 2328*; Verordnung zur Regelung weiterer Voraussetzungen der Erreichbarkeit erwerbsfÃ¤higer Leistungsberechtigter nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch, Erreichbarkeits-Verordnung â□□ ErrV, v. 28.07.2023,* BGBl. I Nr. 207*)* â□□ ungeachtet einer weiterhin bestehenden Ausgestaltung als Ausschlusstatbestand *(vgl. hierzu z.B. SÃ¶hngen/Baldschun, SGb 2024, S. 268, 273, 276, m.w.N.; a.A. wohl z.B. Valgolio in: Hauck/Noftz, SGB II, Â§Â 7b Rn. 3, Stand: Dezember 2023; zu* Â§ 7 Abs. 4a SGB II *i.d.F. des Gesetzes v. 20.07.2006,* BGBl. I S. 1706*, vgl. z.B. BSG v. 16.05.2012Â â□□* B 4 AS 166/11 R*Â â□□ Rn. 24)* â□□ zu den Anspruchsvoraussetzungen fÃ¼r Leistungen nach dem SGB II *(vgl. Kapitel 2 SGB II)*.

Â

RÃ¤umlicher AnknÃ¼pfungs- und Bezugspunkt fÃ¼r die Erreichbarkeit ist der nÃ¤here Bereich des Ã¶rtlich zustÃ¤ndigen Jobcenters *(*Â§ 7b Abs. 1 Satz 2 *f. SGB II,* Â§ 1 Abs. 1*,* Â§ 4 Abs. 1 Satz 1 ErrV*)*. Nach einem umzugsbedingten Wechsel der Ã¶rtlichen ZustÃ¤ndigkeit bestimmt sich die Erreichbarkeit nach dem nÃ¤heren Bereich des nunmehr Ã¶rtlich zustÃ¤ndigen LeistungstrÃ¤gers, da in dessen Bezirk bzw. Gebiet der erwerbsfÃ¤hige Leistungsberechtigte nun seinen gewÃ¶hnlichen Aufenthalt *(*Â§ 36 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 *f. SGB II,* Â§Â 30 Abs. 3 SatzÂ 2 SGB I*; vgl. hierzu z.B. BSG v. 08.03.2023Â â□□* B 7 AS 7/22 R*Â â□□ Rn. 17)* hat, die Erreichbarkeit i.S.d. Â§ 7b SGB II grundsÃ¤tzlich einen gewÃ¶hnlichen Aufenthalt beim Ã¶rtlich zustÃ¤ndigen LeistungstrÃ¤ger voraussetzt und hiervon abweichende, zeitlich begrenzte (tatsÃ¤chliche) Aufenthalte auÃerhalb dessen nÃ¤heren Bereichs fÃ¼r einen bestimmten â□□Zeitraumâ□□ *(*Â§ 13 Abs. 3 SGB II*; vgl. hierzu insb.* Â§ 7b Abs. 2 Satz 2 SGB II*,* Â§ 5 ErrV *fÃ¼r Abwesenheiten aus wichtigem Grund und* Â§ 7b Abs. 3 Satz 2 SGB II*,* Â§ 7 Abs. 1 Satz 3 f. ErrV *fÃ¼r Abwesenheiten ohne wichtigen Grund)* erfasst *(zum VerhÃ¤ltnis des gewÃ¶hnlichen Aufenthalts, auch nach* Â§ 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 SGB II*, und der AusschlussgrÃ¼nde nach* Â§ 7 Abs. 4 SGB II *zur Erreichbarkeit i.S.d.* Â§ 7b SGB II *vgl. z.B. Geiger in: MÃ¼nder/Geiger/Lenze, SGB*

*II, 8. Aufl., Â§ 7b Rn. 11 f.; Uyanik, info also 2023, S. 198, 200, 202)*.

Â

Damit Ã¤ndert sich trotz eines umzugsbedingten Wechsels der Ã¶rtlichen ZustÃ¤ndigkeit die Erreichbarkeit des erwerbsfÃ¤higen Leistungsberechtigten nicht, soweit er nach dem Wechsel seines gewÃ¶hnlichen Aufenthalts fÃ¼r den Ã¶rtlich zustÃ¤ndig gewordenen LeistungstrÃ¤ger erreichbar ist. Daher ist der bisher Ã¶rtlich zustÃ¤ndige LeistungstrÃ¤ger nicht berechtigt, aufgrund eines angenommenen Wegfalls der Erreichbarkeit durch Umzug auÃerhalb seiner Ã¶rtlichen ZustÃ¤ndigkeit die von ihm bewilligten Leistungen vor Fortsetzung der Leistungserbringung durch den nunmehr zustÃ¤ndigen LeistungstrÃ¤ger aufzuheben.

Â

Aus vorgenannten GrÃ¼nden folgt der Senat hiervon abweichenden Verlautbarungen *(vgl. z.B. Aubel, a.a.O., Â§ 36 Rn. 96;* ***Hengelhaupt, a.a.O., Â§Â 36 Rn. 274; Mutschler in: BeckOGK, SGB X, Â§ 2 Rn. 21, Stand: 01.03.2022; Palsherm in: jurisPK-SGB X, 3. Aufl., Â§Â 2 Rn. 26****)* nicht, zumal sie sich mit den vorstehenden Darlegungen teils nicht auseinandersetzen, sich auf hier nicht geltendes Recht *(*Â§ 7 Abs. 4a SGB II *in der bis zum 30.06.2023 geltenden Fassung; zum Geltungszeitraum vgl. z.B. Leopold in: jurisPK-SGB II, 5. Aufl., Â§Â 7b Rn. 2 ff.)* beziehen sowie die â auch vom Antragsgegner teils â hierzu zitierten gerichtlichen Entscheidungen nicht auf tragenden GrÃ¼nden zur hier entscheidungserheblichen Rechtsfrage bzw. auf nicht vergleichbaren Sachverhalten beruhen *(vgl. insb. Schleswig-Holsteinisches LSG v. 12.04.2011 â* L 6 AS 45/10*Â â juris, wonach u.a. nur die âerhÃ¶hte Regelleistung fÃ¼r Alleinstehende/Neue LÃ¤nderâ rechtmÃ¤Ãig aufgehoben und erstattet verlangt werden durfte sowie* Â§ 7 Abs. 4a SGB II *noch keine Anwendung fand; SG Augsburg v. 21.06.2012Â â* S 15 AS 664/11*Â â juris, wonach die Ãberprüfung einer bindenden Aufhebungsentscheidung wegen âeines vorÃ¼bergehenden Wegzugsâ gegenstÃ¤ndlich war; LSG fÃ¼r das Land Nordrhein-Westfalen v. 06.06.2013Â â* L 7 AS 818/12*Â â juris, wonach Aufhebung und Erstattung aufgrund der nahtlosen Fortsetzung durch den zustÃ¤ndig gewordenen LeistungstrÃ¤ger rechtmÃ¤Ãig waren; LSG Mecklenburg-Vorpommern v. 15.01.2019Â â* L 8 AS 251/18 B ER*Â â juris, wonach u.a. die Aufhebung der Leistungsbewilligung fÃ¼r die Zukunft bei einem bereits seit mehreren Monaten geÃ¤nderten gewÃ¶hnlichen Aufenthalt gegenstÃ¤ndlich war; aus der von Hengelhaupt a.a.O. zitierten Rn. 19 und 25 der Entscheidung des BSG v. 23.05.2012 â* B 14 AS 133/11 R *ergibt sich fÃ¼r die hier entscheidungserhebliche Rechtsfrage nichts)*.

Â

Eine Fortsetzung der hier streitigen Leistungen durch den Beigeladenen erfolgte auch im Beschwerdeverfahren nicht *(vgl. dessen Bescheid v. 13.03.2024)*.

Â

Damit kann dahinstehen, ob der gegenstÃ¤ndliche Bescheid auch aus anderen GrÃ¼nden rechtswidrig ist und aufgrund der hier allein streitigen Leistungen kein Erstattungsanspruch des Antragsgegners gegen den Beigeladenen besteht oder zumindest nicht geltend zu machen ist *(vgl. hierzu z.B. Bundesagentur fÃ¼r Arbeit, Fachliche Weisungen* Â§ 36 SGB II*, Rn. 36.17, 36.22, Stand: 20.12.2017; s. in diesem Zusammenhang auch BSG v. 23.05.2012Â â□□* B 14 AS 133/11 R *â□□ Rn. 24)*.

Â

Die Kostenentscheidung beruht auf Â§ 193 SGG.

Â

Die Beschwerde gegen diesen Beschluss ist ausgeschlossen *(*Â§ 177 SGG*)*.

Erstellt am: 27.05.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024